

## **Pressegespräch**

# **Der Weg zum Haushaltsvorschlag der CDU-Landtagsfraktion // Schwerpunktsetzung und Hintergrundinformationen**

## **Schwerpunktsetzung und Hintergrundinformationen zum Doppelhaushalt 2025/2026**

Mainz, 12.12.2024

**Pressegespräch  
mit dem Fraktionsvorsitzenden Gordon Schnieder  
und dem haushalts- und finanzpolitischen Sprecher  
der CDU-Fraktion, Christof Reichert**

Rheinland-Pfalz steht vor gewaltigen Herausforderungen.

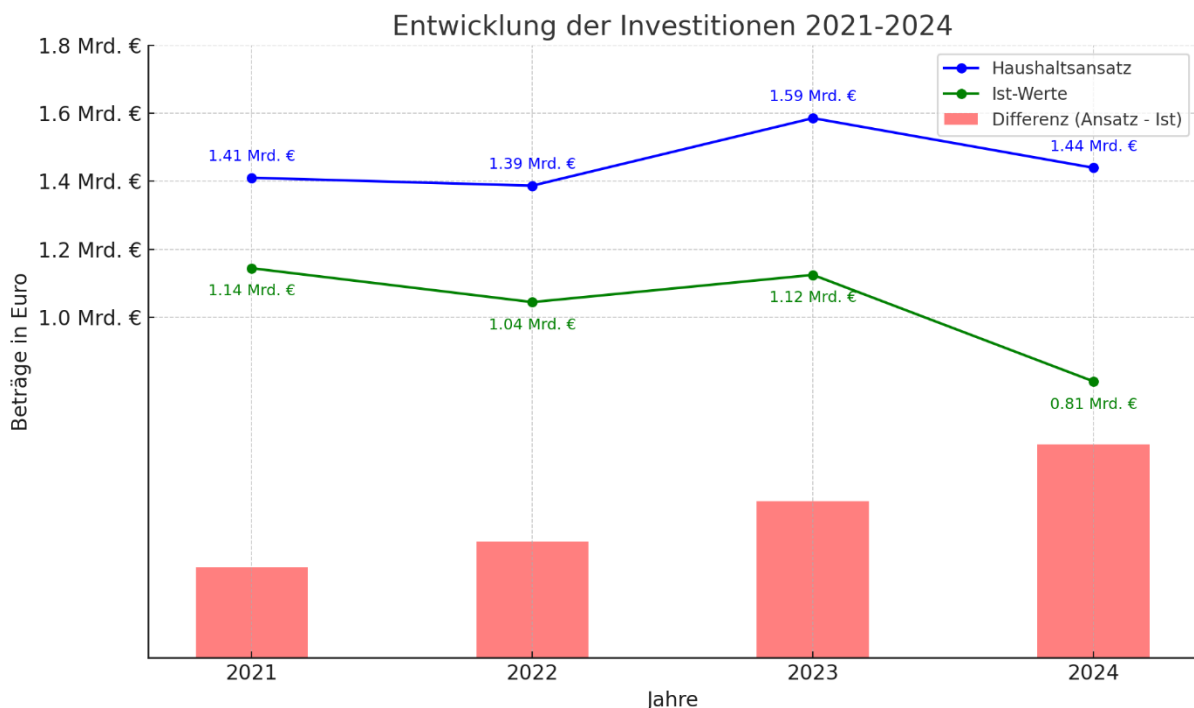
In schwierigen Zeiten wollen wir den Menschen – wollen wir dem Land Rheinland-Pfalz – die bestmögliche Orientierung geben, aber eben auch Verlässlichkeit bieten.

Mit Blick auf den Doppelhaushalt 2025/2026 priorisieren wir da, wo Investitionen aktuell, aber auch langfristig in unseren Augen am besten wirken. Am 18. und 19. Dezember kommt der rheinland-pfälzische Landtag zur abschließenden parlamentarischen Beratung und Verabschiedung eben jenes Doppelhaushalts zusammen. Es geht um hohe Millionensummen und um die politischen Projekte, für die in den nächsten Jahren das Geld ausgegeben werden soll.

Wir haben genau hingeschaut, wie trotz der Einsparnotwendigkeiten deutliche Verbesserungen bei einer Vielzahl politischer Themenfelder erreicht werden können.

## Wie ist der Landeshaushalt 2025/2026 einzuschätzen? Auf welcher Grundlage steht unser Haushaltsvorschlag?

### a) Investitionen sind das A und O



Nach 1,44 Mrd. € im Jahr 2024, plant das Land 2025 mit 1,74 Mrd. € und 2026 mit 1,69 Mrd. € an Investitionen im Kernhaushalt. Entscheidend sind allerdings nicht die Planzahlen, sondern das, was das Land **tatsächlich investiert**. Die Landesregierung muss sich am Handeln messen lassen, nicht am Wünschen. Hier zeigt die Realität, dass das Land in den letzten Jahren **nur rd. zwei Drittel** von dem investiert hat, was es sich vorgenommen hat.

2022 lag Rheinland-Pfalz bei der Investitionsquote mit 5,1 % auf dem letzten Platz. Der Durchschnitt der Flächenländer lag bei 11,3 %. Um auf den Durchschnitt zu kommen wäre ein Investitionsvolumen von ca. 2,2 Mrd. € erforderlich. Davon sind wir meilenweit entfernt!

Die Investitionspolitik des Landes zielt weit überwiegend auf Investitionsfördermaßnahmen. Die **eigene Infrastruktur** (Straßen, Brücken, Landesliegenschaften wie Hochschulen) wird komplett **vernachlässigt**.

#### Bauleistungen im Bereich Straßenbau (Landesstraßen):

2026 Plan	105.000.000 € (gegenüber 2025 ein Plus von 4 Mio. €)
2025 Plan	101.000.000 € (gegenüber 2024 ein Plus von 6 Mio. €)
2024 Plan	95.000.000 €
2023 Plan	95.000.000 €
2022 Plan	95.000.000 €

Fazit: Das ist ein kleiner Schritt, der bei weitem nicht geeignet ist, den Investitionsstau bei den Landesstraßen auch nur annähernd abzubauen. Die Erhöhung kompensiert noch nicht einmal die Preissteigerungen der letzten Jahre.

Der Investitionsstau in Höhe von weit über 2 Mrd. € bei den Landesstraßen und -brücken kann damit nicht abgebaut werden, im Gegenteil: Der Investitionsstau wird von Jahr zu Jahr größer.

**Für uns ist daher klar, es braucht eine größtmögliche Kraftanstrengung im Bereich der Infrastruktur (s. Punkt 2).**

#### **b) Enorme Ausgabereste verstellen den Blick auf die Möglichkeiten des Landeshaushalts**

Seit Jahren steigen die Haushaltsausgabereste im Landeshaushalt stetig an, also das Geld, das für Ausgaben veranschlagt, aber dann nicht ausgegeben wurde. Diese Reste werden in die Folgejahre übertragen.

#### Entwicklung der Ausgabereste:

2018	rd. 1,9 Mrd. €
2019	rd. 2,1 Mrd. €
2020	rd. 2,5 Mrd. €
2021	rd. 2,8 Mrd. €
2022	rd. 3.3 Mrd. €
2023	rd. 4.2 Mrd. €

Trotz der enormen Haushaltsausgabereise veranschlagt das Land immer wieder neue Haushaltsansätze und berücksichtigt offenbar nicht die vorhandenen Reste aus den Vorjahren bei der Ausgabenplanung. Der Landesrechnungshof weist schon seit Jahren auf die Gefahren von hohen Haushaltsausgabereisen hin und fordert, dass diese abgebaut werden sollen.

Auch aus Gründen der Haushaltsklarheit und -wahrheit ist die Bildung von Haushaltsausgabereisen in dieser Höhe sehr bedenklich.

Sicher sind Haushaltsreste zu einem gewissen Maß aus Vorjahren auch für bereits zugesagte Maßnahme gebunden. Die Landesregierung schafft es aber nicht, wichtige Projekte tatsächlich umzusetzen.

**Deshalb braucht es einen ehrlichen Kassensturz: Wir fordern, zuerst Reste abbauen, bevor neue „überrollte“ Ansätze zu weiteren Steigerungen führen! Aktuell weiß niemand, welche Gelder im Haushalt benötigt werden.**

### **c) Landeshaushalt besteht aus Luftschlössern**

Die Haushalte der Landesregierung enthalten millionenschwere Luftschlösser – die Bilanz ist immer wesentlich besser als die Planung.

2023	1 Mrd. Überschuss
2022	1,2 Mrd. € Überschuss
2021	2,3 Mrd. € Überschuss
2019	1,3 Mrd. € Überschuss

Nur im Corona-Jahr 2020 gab es ein Minus, was mit der Zuführung zum Sondervermögen zusammenhängt. **Das Sondervermögen Corona schloss zum 31.12.2023 mit einem Überschuss von rd. 400 Mio. € ab. Diese 400 Mio. € sind im Haushalt 2024 aufgegangen und stehen als zusätzliche Mittel zur Verfügung.**

Nicht verwunderlich, dass die Haushaltssicherungsrücklage zum Stand 01.01.2024 auf 3,6 Mrd. € angestiegen ist.

Die Beratungen der Einzelpläne 2025 und 2026 im Haushaltsausschuss haben ergeben: Auch im kommenden Doppelhaushalt sind millionenschwere Puffer eingeplant, die nicht belegt werden können. Die Zahlen und Beratungsergebnisse belegen: **Der Haushalt bietet genug Luft für wichtige Kurskorrekturen.**

**Nach bald 35 Jahren SPD-geführter Finanzpolitik ist ein Kassensturz überfällig! Dies wäre nach der Landtagswahl eine unserer ersten Maßnahmen.**

## **d) Unsere Schlüsse aus den Haushaltsberatungen**

- Das Land hat – Lehrer und Polizisten herausgerechnet – seit 2022 über 1.100 neue Stellen aufgebaut. Dies verursache jährliche Mehrkosten in Höhe von rd. 85 Mio €.
- Wir schlagen den Abbau der Haushaltsausgabereste in Höhe von 1,5 Mrd. € durch entsprechende Minderausgaben in den Einzelplänen vor. Bevor neues Geld zur Verfügung gestellt wird, muss die Landesregierung die vorhandenen milliardenschweren Reste einsetzen.
- Dieser Umbau ermöglicht der CDU-Fraktion eine grundlegende Prioritätenverschiebung in allen Bereichen des Landeshaushalts. Das Gesamtvolumen des Haushaltes ändert sich hierdurch nicht.
- Die Haushaltssicherungsrücklage beträgt aktuell 3,6 Mrd. €. Rund 1,2 Mrd. € plant die Landesregierung zur Finanzierung des Doppelhaushalts 2025/26. Die CDU-Fraktion plant zur Gegenfinanzierung der Änderungsanträge rd. 173 Mio. € ein. Das heißt, mehr als 2,2 Mrd. € bleiben noch bestehen, sodass genügend Mittel vorhanden sind, um eine dauerhafte Liquidität zu gewährleisten.

**Die CDU-Fraktion bringt ihre Vorschläge in 147 Änderungsanträgen und 31 Entschließungsanträgen ein. Im Folgenden stellen wir vier Leuchtturm-Projekte vor.**

Das Haushaltsentwurf der CDU-Landtagsfraktion gibt mit seinen Schwerpunkten eine klare Orientierung. Die Haushaltsvorschläge der CDU-Landtagsfraktion sagen viel darüber aus, wohin wir in den nächsten Jahren inhaltlich steuern werden.

Die CDU-Landtagsfraktion sieht es als ihre Verantwortung, tragfähige Kompromisse zu erarbeiten, hinter denen sich möglichst viele Menschen versammeln können.

Das ist das, was Rheinland-Pfalz jetzt braucht!

## **1) Initiativen für nachhaltige und sichere Kommunalfinanzen**

Die Kommunen in Rheinland-Pfalz stehen vor erheblichen finanziellen Herausforderungen, die langfristige Lösungen erfordern. Insbesondere steigende Kosten im Bereich Soziales und Jugend sowie öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) belasten Städte und Gemeinden. Die unzureichende Finanzausstattung der

Kommunen durch das Land ist das Hauptproblem für eine katastrophale Haushaltslage vieler Kreise, Städte und Gemeinden. Vielen Kommunen sind die Hände gebunden – sie kämpfen mit enormen Investitionsstaus, die ihre Leistungsfähigkeit, die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger sowie auf Dauer den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Die bisher umgesetzte Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP) verliert an Wirkung. Die Kommunen können die verbleibenden Liquiditätskredite nicht aus eigener Kraft tilgen und so müssen weitere Kredite aufgenommen werden, um steigende Ausgaben zu decken. Der Kommunale Finanzausgleich deckt nicht einmal annähernd den tatsächlichen Bedarf der Kommunen ab. Ganz zu schweigen, von den sog. freiwilligen Aufgaben, für die den Kommunen kein Geld mehr übrigbleibt

Die CDU-Fraktion hat ein Maßnahmenpaket geschnürt, um die Kommunen auf eine solide finanzielle Basis zu stellen, anstatt ihre Not kurzfristig mit einmaligen Finanzspritzen zu lindern, wie die rheinland-pfälzische Landesregierung es praktiziert. Wir schlagen vor,

1. das LFAG dahingehend anzupassen, dass ein Verteilungsschlüssel eingeführt wird, der auf den tatsächlichen Bedürfnissen der Kommunen basiert, um eine gerechtere Finanzausstattung zu gewährleisten.
2. einen Härtefallfonds in Höhe von 200 Millionen Euro zur Unterstützung finanzschwacher Kommunen einzurichten.

Auch unsere weiteren Forderungen verfolgen das Ziel, eine stabile und zukunftsfähige Finanzierung für die Kommunen zu schaffen. Wir fordern daher die Landesregierung auf:

3. die Mindestfinanzausstattung neu zu ermitteln, um die Folgen der fehlerhaften Berechnung zu korrigieren und den Kommunen finanzielle Stabilität zu sichern sowie mehr Handlungsspielraum für die individuelle Gestaltung vor Ort zu schaffen.
4. die allgemeinen Finanzausstattungen zulasten der zweckgebundenen Finanzausstattungen zu stärken, um den Kommunen mehr Flexibilität bei der Mittelverwendung zu ermöglichen.
5. Ausgaben im Bereich Soziales und Jugend mit originären Landesmitteln „außerhalb“ des KFA zu beteiligen, um die Kommunen bei der Finanzierung dieser wichtigen Aufgaben zu entlasten.
6. unbürokratische Investitionspauschalen für Landkreise, Städte und Gemeinden einzuführen.
7. die Standards der kommunalen Aufgaben zu überprüfen und zu reduzieren, um die finanzielle Belastung nachhaltig zu verringern.

Statt den Hauptgrund für die Finanzmisere in den Kreisen, Städten und Gemeinden durch eine Nachjustierung des LFAG zu lösen, lobt sich die Ampel-Landesregierung dauerhaft für ihre kurzfristigen ad-hoc-Maßnahmen und

überschaubaren Finanzspritzen, die keineswegs dazu beitragen, die finanzielle Situation der Kommunen nachhaltig zu verbessern – im Gegenteil: die Lage verschlimmert sich. Die Kommunen wurden jahrelang durch eine verfassungswidrige und mangelnde Finanzausstattung gezwungen, Schulden aufzuhäufen, die den Gestaltungsspielraum immer weiter eingeschränkt haben und immer weiter einschränken – bis unsere Dörfer, Gemeinden und Landkreise nicht mehr können. Das wollen wir ändern.

	Ansatz 2025	CDU 2025	Ansatz 2026	CDU 2026
Härtefallfonds für Kommunen	0	+100.000.000	0	+100.000.000
Kommunales Förderprogramm „regional.zukunft.nachhaltig“ der Landesregierung	100.000.000	-100.000.000	100.000.000	-100.000.000
Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände	2,33 Mrd.	+301 Mio.	2,38 Mrd.	+301 Mio.

## 2) Initiative für eine moderne, bürgerfreundliche und zukunftsfähige Infrastruktur - Bürokratieabbau und Infrastrukturfonds

### I. Bürokratieabbau – Weg frei für mehr Vertrauen und effizientere Verwaltung

Bürokratie ist notwendig, um staatliche Aufgaben und Gesetze zu organisieren. Doch was ursprünglich als Ordnungsmittel begann, ist mittlerweile häufig zu einem Hemmschuh für Unternehmen, Bürger und die Verwaltung selbst geworden. Das Ziel der CDU-Landtagsfraktion ist es, Bürokratie auf Landesebene dort abzubauen, wo sie unnötig geworden ist, und durch effizientere Verfahren die Wirtschaftskraft und Lebensqualität zu steigern.

Die CDU-Fraktion hat ein Maßnahmenpaket geschnürt, das sich an **vier Säulen** orientiert:

- **Gesetzgebung und Verfahren:** Jeder neue Gesetzesentwurf soll hinterfragen, ob die gesetzten Ziele nicht mit weniger bürokratischem Aufwand erreicht werden können. Dazu gehört auch, dass bestehende Regelungen regelmäßig überprüft und evaluiert werden.
- **Ermessensspielräume optimieren:** Die Beamtinnen und Beamten sollen im Rahmen ihrer Entscheidungsbefugnisse Lösungen pragmatisch und bürgerfreundlich gestalten.

- **Konkrete Modernisierung von Vorschriften:** Es wird ein „100-Tage-Programm“ aufgelegt, das besonders belastende Vorschriften ermittelt und gezielt abbaut.
- **Digitalisierung der Verwaltung:** Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und die Einführung eines „Digi-Checks“ für jedes neue Gesetz sollen die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben und Verfahren deutlich vereinfachen.

## II. Modernisierung der Infrastruktur – Ein Infrastrukturfonds für Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz profitiert von seiner zentralen Lage in Europa, was für die Wirtschaft zahlreiche Chancen eröffnet. Doch diese Vorteile können nur genutzt werden, wenn die Verkehrsinfrastruktur leistungsfähig ist. Leider hat es die SPD-geführte Landesregierung in den letzten Jahrzehnten versäumt, ausreichend in die Modernisierung und Instandhaltung der Straßen und Brücken zu investieren. Der Zustand der rheinland-pfälzischen Infrastruktur ist alarmierend: Gemäß dem Jahresbericht des Landesrechnungshofes befinden sich 38% der Landesstraßen in sehr schlechtem Zustand, und nur 17% der Brücken sind in einem guten oder besseren Zustand. Die Investitionsbedarfe in Straßen und Brücken belaufen sich auf rund 3,5 Milliarden Euro.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert mit Blick auf die kommenden Haushaltsberatungen daher die Einführung eines Infrastrukturfonds zur zielgerichteten und langfristigen Sanierung der Verkehrswege. Dies soll durch ein spezielles Landesgesetz zur Schaffung eines Infrastrukturfonds umgesetzt werden, der im Jahr 2025 mit einer Zuführung von 200 Millionen Euro gestartet wird. Dieser Fonds soll sicherstellen, dass ausreichend Mittel für die Beseitigung des Instandhaltungsstaus zur Verfügung stehen und gleichzeitig Planungssicherheit für die beteiligten Unternehmen gewährleistet wird.

Ein weiteres zentrales Element ist die **Fachkräftesicherung** beim Landesbetrieb Mobilität (LBM), der aktuell mit Personalmangel im Bereich Ingenieurwesen und Bauplanung zu kämpfen hat. Daher fordert die CDU-Fraktion, dass gezielte Programme zur Gewinnung und Weiterbildung von Fachkräften entwickelt werden. Auch internationale Fachkräfte sollen in die Region geholt werden, um kurzfristige Engpässe zu überwinden.

### Maßnahmen für die Infrastruktur:

1. **Errichtung eines Infrastrukturfonds:** Der Landtag Rheinland-Pfalz soll bis Juni 2025 einen Entwurf für das Gesetz zur Schaffung eines Infrastrukturfonds vorlegen.
2. **Mittelbereitstellung für den Infrastrukturfonds:** Bei künftigen Haushaltsentwürfen müssen die Mittel für den Fonds sowie für die Modernisierung der Straßen- und Brückeninfrastruktur fest eingeplant werden.



3. **Fachkräftegewinnung beim LBM:** Ein Programm zur Anwerbung und Bindung von Fachkräften für den LBM muss aufgelegt werden, um die personellen Engpässe in der Planung und Umsetzung von Bauprojekten zu beseitigen.

Die CDU-Fraktion legt mit diesen beiden Initiativen die Grundsteine für eine zukunftsfähige, bürgerfreundliche und wirtschaftlich erfolgreiche Infrastruktur. Durch die gleichzeitige Entbürokratisierung der Verwaltungsprozesse und die Schaffung eines Infrastrukturfonds soll Rheinland-Pfalz wieder fit gemacht werden für die Zukunft.

Unsere Vorschläge sind nicht nur ein wirtschaftlicher Imperativ, sondern auch eine Frage des Vertrauens – Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, effizient zu handeln und den Bürgern und Unternehmen eine lebenswerte und leistungsfähige Infrastruktur zu bieten. Die CDU-Fraktion setzt damit ein klares Signal für eine moderne und zukunftsfähige Politik, die den Bedürfnissen der Menschen in Rheinland-Pfalz gerecht wird – mit einer Strategie, die langfristig wirkt und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Die Förderung von Stabilität und die Schaffung von positiven Zukunftsaussichten für unsere Wirtschaft stehen im Fokus unserer Politik. Klare Schwerpunkte in schwierigen Zeiten. Das ist unser Weg für Rheinland-Pfalz.

	Ansatz 2025	CDU 2025	Ansatz 2026	CDU 2026
Infrastrukturfonds für Maßnahmen zum Abbau des Investitionsstaus	0	+200.000.000	0	+200.000.000

### **3) Initiativen für eine moderne Bildungspolitik / Kitas und frühkindliche Bildung stärken**

Die Förderung von Stabilität und die Schaffung von Zukunftsaussichten für Kinder und Jugendliche stehen im Fokus unserer Politik. Klare Schwerpunkte in schwierigen Zeiten. Einer der großen Blöcke im Haushaltsentwurf der CDU-Landtagsfraktion ist daher der Bildungsbereich. Dort plant die CDU-Landtagsfraktion in den kommenden zwei Jahren Spannendes. Dazu gehören vor allem die Gehälter der Grundschullehrerinnen und -lehrer, aber auch Investitionen in bessere Bedingungen. Ein Schwerpunkt des Haushaltsentwurfs ist etwa der Ausbau der Sprachförderung im frühkindlichen Bereich. Investitionen in unser Bildungssystem sind nicht nur Investition in die Zukunft, sondern im Endeffekt auch ein Standortfaktor. Verfügten

Kindern über zu wenige Sprachkompetenzen, mindere das auch ihre schulischen Leistungen – was am Ende auch für die Unternehmen im Land zum Problem werde.

### **Kitas: Fundament der Bildung, Brücke zur Zukunft**

Die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher sowie der weiteren Beschäftigten in den Einrichtungen ist der Grundstein für die Bildungs- und Entwicklungsbiografien unserer Kinder. Deshalb setzen wir als CDU-Landtagsfraktion uns dafür ein, die entscheidende Rolle der Kindertagesstätten im Bildungssystem anzuerkennen und zu stärken. Besonders beim Übergang zur Grundschule soll Ihre Expertise noch mehr Gewicht erhalten.

### **Mehr Fachkräfte - mehr Zeit – mehr Qualität**

Damit das Kita-Personal mehr Zeit und Kapazitäten für die pädagogische Arbeit mit den Kindern hat und damit das Berufsfeld attraktiver für Einsteiger wird, braucht es bessere Rahmenbedingungen. Eine Stellschraube hierfür ist die Anhebung der Personalquote, mit der wir 1.500 zusätzliche Vollzeitstellen schaffen. Dabei sind wir uns der Herausforderung, vor der wir angesichts des Fachkräftemangels stehen, durchaus bewusst. Dennoch dürfen wir uns dadurch nicht in unseren Bemühungen, die Fachkraft-Kind-Relation in unseren Kitas zu verbessern, ausbremsen lassen.

Auch wissen wir, wie wichtig Zeit für Qualitätsentwicklung und Organisation ist. Daher möchten wir die Leitungsfreistellung deutlich erhöhen.

### **Sprache als Schlüssel: Chancengleichheit von Anfang an**

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Förderung von Bildungsgerechtigkeit. Ein wesentlicher Schlüssel hierfür ist die Sprache. Wir sehen verbindliche Sprachförderung durch zusätzliche spezielle geschulte Fachkräfte vor. Diese Sprachförderkräfte werden Erzieherinnen und Erzieher gezielt in ihrer täglichen Arbeit unterstützen und die sprachliche Entwicklung der Kinder stärken.

### **Kindgerechte Räume: Gemeinsam für die Zukunft bauen**

Moderne und kindgerechte Räume in unseren Kitas sind uns ein Herzensanliegen. Hierzu wollen wir die Finanzierung auf neue Füße stellen und das Land stärker einbinden, um den Alltag in den Kitas angenehmer zu gestalten.

### **Förderschulen / Grundschulen: A13 / Inklusion mit Augenmaß**

Als CDU-Fraktion setzen wir uns für eine Überarbeitung der Schulordnungen unter Einbeziehung von Lehrern, Eltern und Verbänden ein und fordern eine realistische und pragmatische Ausgestaltung eines inklusiven Bildungssystems.

Denn die neuen Schulordnungen für die Förderschulen (FöSchO) und für die inklusive Schule (InSchO) bergen Risiken. Die späte Feststellung des Förderbedarfs kann zu mehrfachen Schulwechseln und einer möglichen Überforderung der Kinder

mit Förderbedarf führen. Die Rolle der Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen für die Entwicklung der Kinder wird unterschätzt.

Wir plädieren weiterhin für eine frühzeitige Diagnostik und die Beibehaltung des freiwilligen 10. Schuljahres an Förderschulen.

### **Entlastet lehren – individuell fördern**

Darüber hinaus möchten wir den Lehrkräften mehr Raum und Zeit zu geben, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren. Deshalb planen wir, die schulischen Rahmenbedingungen zu verbessern. Dazu gehört für uns neben einer modernen technischen Ausstattung und digitalen Tools zur Vereinfachung administrativer Aufgaben auch die flächendeckende Unterstützung durch Verwaltungsfachkräfte an allen Schulen.

Mit einer Unterrichtsversorgung von 105% und multiprofessionellen Teams kann der Unterrichtsausfälle kompensiert werden, individuelle Förderung ermöglichen und von zusätzlichen Aufgaben entlastet werden.

Wir glauben an die Kraft der Schulautonomie und möchten den Lehrkräften mehr Entscheidungsfreiheit bei der Gestaltung Ihres pädagogischen Alltags geben. Die Erfahrung und das Fachwissen sind unerlässlich für die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems.

### **Anerkennung wertvoller Arbeit**

Als CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz machen wir uns aktiv für eine Aufwertung des Grundschullehramtes stark. Denn Grundschullehrerinnen und -lehrer legen das Fundament für die Bildungslaufbahn unserer Kinder.

Um Leistung angemessen zu würdigen und die Attraktivität des Grundschullehramtes zu steigern, setzen wir uns auch im Haushalt 2025/2026 erneut für eine schrittweise Anhebung der Besoldung auf A13 für alle Grundschullehrkräfte ein.

	Ansatz 2025	CDU 2025	Ansatz 2026	CDU 2026
Personalkostenförderung KitaG (Landesmittel)	372,6 Mio.	+33,5 Mio.	330 Mio.	+80 Mio.
Landesprogramm Sprachförderung	0	+20 Mio.	0	+ 20 Mio.
Förderung von Modellprojekten	0	+100.000	0	+100.000
Zuweisung zum Bau und zur Ausstattung von Kindertageseinrichtungen	10,5 Mio.	+5 Mio.	10,5 Mio.	+20 Mio.
Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (A13 Grundschullehrer)	568,8 Mio.	+5,2 Mio.	569 Mio.	+16,4 Mio.

Fortbildungsbudgets an Schulen	400.000	+400.000	400.000	+400.000
Modellprojekte zu Digital Game Based Learning	0	+300.000	0	+300.000

#### 4) Initiativen, um flächendeckendes Krankenhaussterben zu stoppen / Lebende-Krankenhäuser-Fonds einrichten

Die Lage der rheinland-pfälzischen Kliniken ist ernst. Über 80 Prozent der Kliniken in Rheinland-Pfalz schreiben rote Zahlen. Ihr Investitionsbedarf liegt in RLP bei rund 2,3 Milliarden Euro. Dabei bleibt die Krankenhausinvestitionsförderung der Landesregierung seit Jahren bundesweit hinter diesem Bedarf zurück. Die Investitionsquote in Rheinland-Pfalz liegt sogar unter dem bundesdeutschen Durchschnitt.

Eine Krankenhausreform befürworten wir auch für Rheinland-Pfalz. Die gerade bundesweit beschlossene Krankenhausreform lässt aber zentrale Probleme ungelöst. Wichtige Finanzierungsfragen sind ungeklärt und besonders für die ländlichen Regionen überzeugt die Reform nicht. Gerade für das Land Rheinland-Pfalz ist aber die Sicherung einer flächendeckenden stationären Grundversorgung von zentraler Bedeutung.

Die Finanzierung des bundesweiten Transformationsfonds ist weiterhin unklar. Der Beginn der Transformationsphase mit entsprechender Mittelgabe frühestens ab dem Jahr 2026 kommt für viele Krankenhäuser, insbesondere in Rheinland-Pfalz, zu spät. Es braucht daher umgehend eine Überbrückungsfinanzierung durch das Land. Ein weiteres unkontrolliertes Kliniksterben muss jetzt verhindert werden.

Die CDU-Fraktion hat daher die Auflage eines „Lebende Krankenhäuser-Fonds“ für Rheinland-Pfalz beantragt. Durch diesen Fonds sollen **ab sofort 150 Millionen Euro** pro Jahr zusätzlich bereitgestellt werden - Finanzmittel, die die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz dringend benötigen. Die Realität in Rheinland-Pfalz ist aber längst, dass die Landesregierung die Kontrolle über ihre Planungen verloren hat und der Reform ohne Überbrückungsfinanzierung ein Krankenhaussterben mit Insolvenzen und Schließungen vorausgehen wird. Auf dieser medizinischen Trümmerlandschaft wird sich nur schwerlich eine neue Krankenhauslandschaft aufbauen lassen. Dies geht zu Lasten der Patienten, Notfallbedürftigen und Mitarbeitenden.

Darüber hinaus sollen die **Studienplatzkapazitäten** im Fach Humanmedizin auf mindestens 650 Vollstudienplätze zu erhöhen, um dem Mangel an Ärztinnen und Ärzten nachhaltig entgegenzuwirken.

	Ansatz 2025	CDU 2025	Ansatz 2026	CDU 2026
Krankenhaus- investitionsförderung (Lebende Krankenhäuser- Fonds)	45.500.000	+150.000.000	47.600.000	+150.000.000

## 5) Weitere Initiativen

Unsere Haushaltsvorschläge sind eine wesentliche Grundlage für unsere parlamentarische Arbeit in den kommenden eineinhalb Jahren. Wir wollen Verantwortung übernehmen und dazu gehört, dass politische Vorschläge auch solide finanziert sind. Neben den vorgestellten großen Projekten bringen viele weitere Initiativen in den Haushalt ein, die uns nicht minder wichtig sind.

Hier einige Beispiele:

	Ansatz 2025	CDU 2025	Ansatz 2026	CDU 2026
Zuschüsse zur Games- Förderung in RLP	0	+750.000	0	+750.000
Mobile Schwimmcontainer	0	+1.000.000	0	+1.000.000
Landespflengewohnngeld	0	+32.250.000	0	+64.500.000
Landesgehörlosengeld	0	+1.800.000	0	+1.800.000
Musikschulen	1.400.000	+1.000.000	1.400.000	+1.000.000
Förderung landwirtschaftlicher Infrastrukturmaßnahmen	2.000.000	+50.000.000	2.000.000	+50.000.000
Childhood-Haus	0	+250.000	0	+250.000